

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Ausgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postkchkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 2

Sonnabend, den 10. Januar 1925

29. Jahrgang

Zum Jahresbeginn.

Die Kämpfe des Alltags warten auf uns, sie werden uns nicht erspart und müssen ausgefochten werden. Es tut aber not, uns auf die Bedeutung unserer Tätigkeit zu besinnen, wenn wir Anspruch darauf erheben, im Dienste großer Ideen zu stehen und nicht nur gegenwärtige Interessen zu vertreten, so wichtig diese auch sein mögen.

Was sind die Anlagen unserer Gegner? Wir sind Marxisten. Gegen die Sozialisten wurde ein „heiliger Krieg“ eröffnet, der unter dem Banner „Kampf gegen den Marxismus“ geführt wird. Der bürgerliche Wissenschaftler tut den Marxismus mit einem verächtlichen Lächeln ab als eine überlebte Lehre, die vor der „wirklichen Wissenschaft“ nicht bestehen kann. Der Moralphilosoph wirft uns unsern „Materialismus“ vor. Sollen wir uns verteidigen?

Wir möchten nur einige Sätze niederschreiben, die vor kurzem aus der Feder Professor Josef Schumpeters im „Oesterreichischen Volkswirt“ erschienen sind. Professor Schumpeter war früher österreichischer Finanzminister, ist heute Bankpräsident und ein führender bürgerlicher Gelehrter — kein Sozialist, noch weniger ein Marxist. Seine politische Haltung war immer schwankend. Niemand wird aber seine Autorität auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Zweifel ziehen. In der Tat wird er, was theoretischen Scharfsinn und Kenntnisse anbelangt, von keinem Volkswirtschaftler unter der Sonne überboten. Und dieser bürgerliche Professor schreibt über den Marxismus die folgenden Sätze: „Das Bestehen der marxistischen Lehre als einer Gesamtaufassung und Kulturoffision und eines daraus scheinbar oder wirklich fließenden Programms gibt unterm Sozialismus eine kulturelle und intellektuelle Würde, die das Geistesleben unserer Zeit nicht missen könnte.“ „Der wissenschaftliche Charakter dieser Lehre ist zweifellos, gleichgültig, wie man über die Richtigkeit oder Falschheit einzelner Elemente oder auch der Gesamtaufassung urteilen mag.“ „Ueber die Größe der Lücken dieser Lehre ist kein Wort zu verlieren.“ „Die Tendenz nach dem sozialistischen Gesellschaftszustand würde ich anders begründen, als Marx es tat, aber ich glaube sie ebenfalls zu sehen.“ Ueber den „Materialismus“ der marxistischen Lehre sagt er Schumpeter:

„Mit Materialismus hat die marxistische Lehre nicht das geringste zu tun. Ihrem Wesen nach ist sie philosophisch-gleichgültig, insbesondere mit jeder beliebigen religiösen Überzeugung vereinbar. Ihren tatsächlichen philosophischen Verwandtschaften nach steht und steht sie stets im Umkreis des deutschen Idealismus, heute bei Max Adler genau so, wie seinerzeit bei Marx. Der wenig glückliche Ausdruck „materialistische Geschichtsauffassung“ ist schuld an dem Mißverständnis, das immer wiederkehrt. Allein die Geschichtstheorie von Marx, die erste wissenschaftliche Theorie des historischen Geschehens und sowohl als Methode wie als System auch heute noch wertvoller, als selbst manche Anhänger in Anspruch nehmen, ist nicht materialistischer als jeder andre wissenschaftliche Gedankengang. Sie behauptet weder, daß das wissenschaftliche Eigeninteresse das beherrschende Motiv des Menschen sei, oder gar sein sollte, noch auch, daß sich der Sinn des Lebens oder Geschehens im Wirtschaftlichen erschöpfe, sondern nur, daß die menschliche Denkweise und die soziale Entwicklung ihre zureichende Erklärung in den wirtschaftlichen Verhältnissen finden, von ihnen geformt werden — was etwas ganz andres ist.“

Man wirft uns den „Klassenkampf“ vor. Auf dem Kongreß des Vereins für Sozialpolitik haben Werner Sombart und seine Anhänger den Sozialismus wegen seiner Klassenkampfschre als einen ideen- und wertlosen Anflug bezeichnet. Sollen uns diese Angriffe irremachen? Sie sind zunächst unwissenschaftlich. Das Bestehen der Klassen ist doch eine Tatsache, die nicht weggeleugnet werden kann, wenn sich auch die Klassenbildung nicht so einfach vollzieht, wie der vulgäre Marxismus es meinen würde. Und der Klassenkampf wird geführt, er ist eine soziale Wirklichkeit, in England, wo man vom Klassenkampf nicht redet, ebensogut wie in andern Ländern. „Das die englischen Labour-Führer meinen, wenn sie den Klassenkampf ablehnen“ — sagt Schumpeter in dem erwähnten Aufsatz — „ist gar nicht die ihnen meist unbekanntes ursprüngliche Bedeutung dieses Begriffes, sondern lediglich die zornvolle Kampfstellung untrere Sozialismus, die ihnen nicht recht verständlich ist.“ Der Klassenkampf wird den Klassen, vor allem dem Proletariat, allein schon durch die Tatsache des Kapitalismus aufgebregt. Was aber die Idee und den moralischen Wert des Klassenkampfes anlangt, so wird dieser nicht als Selbstzweck, sondern im Dienste einer großen Idee geführt, er empfangt seinen Sinn und seine Bedeutung von einer großen Aufgabe und das ist die Schaffung einer neuen und besseren Gesellschaftsordnung.

Unsere Gegner behaupten, wir vertreten Sonderinteressen, während sie im Namen und für die „Gemeinschaft“ handeln. Wir möchten darauf mit den Sätzen des Privatdozenten Eduard Heimann aus seiner in der Zeitschrift „Neuerwerb“ erschienenen Studie antworten. Dort führt Doktor Heimann sehr treffend aus: „Heute sind wir schon so weit, daß das Wort „Gemeinschaft“, welches vor 15 bis 20 Jahren als ein Kampfwort gegen diese gemeinschaftslose, gemeinschaftsfeindliche Zeit aufgenommen ist, zu einem Kampfmittel der herrschenden Schichten und des herrschenden Geistes gemacht wird. Im Namen der Gemeinschaft wird von den unterworfenen Schichten verlangt, sich völlig in ihr Schicksal zu ergeben, weil die arbeitsteilige Organisation der Wirtschaft ein ungehörtes Zusammenwirken aller erfordert.“

„Auf derselben Linie liegt es, wenn die Berufsgruppen in einem steigenden Maß als Stände bezeichnet werden. Stand heißt die Berufsgruppe, insofern sie tatsächlich im Geiste der Gemeinschaft als ihr dienend oder von ihr getragen, handelt. Es ist ein Mißbrauch, als Stand eine Berufsgruppe zu bezeichnen, die zwar äußerlich die gleichen Tätigkeiten ausüben mag wie jene, aber im entgegengesetzten Geiste, mit dem Willen zu Genuß und Herrschaft auf Kosten der andern Gruppen oder Schichten. Wir haben heute kein „ständisches Volk“, sondern eine „Klassengesellschaft“, wenn wir als Klasse die Interessengruppe im Marktkampf bezeichnen. Wenn dann verlangt wird, daß das Volk sich der Herrschaft der führenden Klassen beuge, so wird im Namen der Gemeinschaft die Unterwerfung unter eine Willkürherrschaft gefordert.“

Auf den Teil unserer Gegner, der aus Eigeninteresse uns feindselig gegenübersteht, werden unsere Argumente keinen Eindruck machen. Vor allem aber haben wir uns selbst gegenüber die Pflicht, so gut wir von der Richtigkeit unserer Grundanschauungen und Handlungen überzeugt sind, diese immer wieder zu prüfen und zu verbessern.

Wir dürfen den Marxismus nicht zum verfeinerten Dogma werden lassen, sondern müssen bestrebt sein, dessen Irrtümer oder die durch die neuen Tatsachen bedingten Veränderungen, gehörig zu berücksichtigen. Dabei wird uns die richtige Handhabung der marxistischen Methode selbst das beste Mittel sein.

Den Klassenkampf, der im Kapitalismus einmal da ist, und — selbst wenn wir wollten — nicht aus der Welt geschafft werden kann, dürfen wir nie als Selbstzweck, sondern immer nur im Hinblick auf das zu verfolgende Ziel, als ein unermüdliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles führen. Tun wir dies, so wird ihm sein kleinlicher, gehässiger Charakter, sein feindseliger Zug genommen, er wird dann im Dienste der Ideen höherer Ordnung stehen.

Wir müssen das Bewußtsein der „Gemeinschaft“ sowohl in unserm Kreis wie auch außerhalb desselben pflegen und dürfen nie aus dem Auge verlieren, daß unsere Bewegung für alle Menschen innerhalb der nationalen Volksgemeinschaft und außerhalb derselben für die Erhebung der Gesellschaft auf eine höhere Stufe geführt wird. Unser Mitleid allen Leidenden und Unterdrückten gegenüber, die die schwere Last der unermüdlichen Arbeit zu tragen haben.

Kulturträger müssen wir sein, nicht nur im Sinne der Vermittlung von Kenntnissen, sondern als Wecker und Rufer zu höheren Zwecken, zur Verbesserung und Vervollkommenung unserer eigenen Klasse ebenso wie des ganzen Volkes und der ganzen Menschheit.

Nur auf diese Weise, durch das lebendige Streben nach höheren Ideen, nach einer höheren Geistigkeit und Veredlung unserer Gefühle, wird auch unser Alltagskampf einen höheren Wert erhalten. So werden auch unsere Einzelaktionen für die Arbeitslosen, für kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen durch das Band der gemeinsamen Bestimmung und des gemeinsam erstrebten Zieles eine höhere Einheit gewinnen.

A. H.

Gefahr im Verzuge.

Deutschland hat vor Jahresfrist mit Amerika vor rund einem Monat mit England einen Handelsvertrag auf der Grundlage der Meißbegünstigung abgeschlossen. Für die Neuordnung des deutschen Arbeitsmarktes und die deutschen Arbeiter sind die Verträge von größtem Wert, weil sie mit der Sonderbehandlung des deutschen Handels, die unsere Warenerzeugung und Warenausfuhr bedeutend hinderte, Schluß machen und ihnen Gleichberechtigung einräumen. Weiter haben diese Verträge günstig auf die Bestrebungen, möglichst schnell in der Weltwirtschaft zu einer rentablen internationalen Arbeitsteilung zu kommen, eingewirkt. Waren es doch die beiden bedeutendsten Industrie- und Handelsvölker der Welt, die wieder seit dem Weltkrieg mit Deutschland in ein rechtliches Handelsverhältnis traten. Beide Verträge stellen so eine Ablehnung vom Wirtschaftspröduktionismus, der staatlichen und machtpolitischen Begünstigung der Industrie dar, und bedeuten in wirtschaftlicher Beziehung gewissermaßen den Schlußpunkt hinter den Kriegereignissen.

Die Ratifizierung der Verträge ist aber bis jetzt noch nicht vollzogen. Es scheint, als ob der Weg von der Theorie der Verträge bis zur Praxis der wirtschaftlichen Verständigung sich immer schwieriger gestalten sollte. In Amerika wird seit Wochen ein heftiger Kampf gegen gewisse Bestimmungen des deutsch-amerikanischen Vertrages geführt, der eine Ratifizierung, auf die man in Deutschland bestimmt in Kürze rechnete, in Frage gestellt. In England benutzten die Konservativen, deren Rückgrad die dortige Schwerindustrie bildet, die Wahlniederlage der Arbeiterpartei um ein produktionsistisches Wirtschaftsprogramm durchzuführen. Bei uns dürften die Bestrebungen nach Einführung von Schutzgöllen auf landwirtschaftliche Produkte die Erledigung erheblich stören, da die Wahl vom 7. Dezember auch hierin keine Klärung brachte.

Da die deutschen Verhältnisse noch nicht spruchreif sind, sollen hier nur die englischen und amerikanischen Schwierigkeiten behandelt werden. Dabei ist zu beachten, daß sich sowohl die englischen als auch die amerikanischen Maßnahmen nicht speziell gegen Deutschland richten. In Amerika handelt es sich um einen Streit, zwischen dortigen Wirtschaftsgruppen, während sich die englischen Schutzgöllen im weitestem Maße von dem französischen Wettbewerb und französischen Bündnisplänen auf dem europäischen Festlande bestimmen lassen. Ein Sieg der amerikanischen Produktionsisten würde die Beseitigung der Gleichberechtigung für die deutsche Wirtschaft bedeuten. Der Streit dreht sich ferner in Amerika um den Artikel VII des Vertrages, der eine gleiche Behandlung der deutschen Schiffe mit der amerikanischen vorsieht. Hiergegen richtet sich der Sturm der amerikanischen Verächter, die ohne Vorzugsbehandlung ihrer Schifffahrt nicht auszukommen vermögen. Sie haben mit ungeheuren Mitteln einen regelrechten Feldzug zur Bearbeitung des Senats, der die Ratifizierung vorzunehmen hat, organisiert. Nach der letzten Stellungnahme des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist damit zu rechnen, daß Amerika nicht ohne weiteres ratifiziert, sondern Verhandlungen über einen neuen Entwurf verlangen wird. Dieses amerikanische Beispiel dürfte gerade für die kleinen Völker, die sehr zum Produktionsismus neigen, sehr unangenehm wirken. Ähnlich liegen die Verhältnisse in England. Hier kommt zwar nicht die Freiheit und Gleichberechtigung der Schifffahrt, sondern der Warenzoll in Frage. Der deutsch-englische Handelsvertrag legt die beiden Länder nicht auf einen bestimmten Zolltarif fest. Sie haben also freie Hand, beiderseits Zölle einzuführen und solche zu erhöhen. Davon wird das englische Kabinett Gebrauch machen, indem es das bestehende Industriehöhengesetz auf eine größere Anzahl von Produkten ausdehnen wird. In der Praxis dürften durch diese Schwenkung des traditionell freihändlerischen England dieselben Folgen eintreten, wie infolge einer Revision des Artikels VII im deutsch-amerikanischen Vertrag. Gegenüber England hat Deutschland ein Berufungsrecht. Der Vertrag sieht mündliche Besprechungen und Anrufung eines Schiedsgerichts (Haag) vor, wenn eines der beiden vertragschließenden Länder eine „schitanöse“ Zollbehandlung eintreten läßt. Amerika

gegenüber haben wir vorläufig nur die Hoffnung, daß auch jenseits des großen Teichs der Gedanke, nur reibungsloses Zusammenarbeiten der Völker in der Weltwirtschaft wirtschaftliche Prosperität verbürge, gegen kleinliches Profit- und Dividenden-Interesse einer kleinen Kapitalistenclique sich durchsetzen wird. Viel wird auch für die deutsch-amerikanische Schifffahrtsfrage von dem Ausgang des Kampfes in Deutschland um den Agrarzoll abhängen. Eine Entscheidung für den Zoll wird die amerikanischen Getreideexporteure ohne Zweifel für die amerikanischen Schiffseigner und gegen den Artikel VII bestimmen.

Größere Auswirkungen als die Beseitigung des Artikels VII im deutsch-amerikanischen Handelsvertrag und die Ausdehnung des englischen Industriegesetzes könnten über jene Bestrebungen der regierenden konservativen Partei Englands haben, das gesamte britische Weltreich auf Grund von Vorzugsgöllen in einem geschlossenen Handelsstaat zusammenzufassen. Die Frage ist vor einem Jahr auf der britischen Wirtschaftskonferenz erörtert worden und hatte die Zustimmung der Kolonien und Dominions gefunden. Die Verwirklichung wurde durch das Arbeiterkabinett MacDonald suspendiert. Jetzt hat die konservative Regierung aber die Wiederaufnahme dieser Pläne angekündigt. Die konservativen Absichten werden, wie wir bereits oben bemerkt haben, stark diktiert durch die Möglichkeit von Industriebündnissen Frankreichs mit andern Staaten. Eine besondere Rolle spielt dabei der augenblicklich in Bildung begriffene internationale Eisenstrich, und zwar spielt sich hier die Frage für England so zu, sich entweder anzuschließen, und dem französischen Eisen seine Kolonien usw. zu öffnen oder durch Zollmauern das britische Wirtschaftsgebiet der englischen Eisenindustrie zu reservieren. Entscheiden sich die englischen Konservativen, deren Führer Baldwin Ministerpräsident und Eisengroßindustrieller ist, für die zweite Möglichkeit, so vollzieht England nicht nur prinzipiell den Übergang zum Schutzzoll, sondern es schafft zwei feindselige Wirtschaftsgruppen auf dem Weltmarkt. Natürlich ist aber, daß, wo Kampf vorbereitet und Kampf gepredigt wird, eines Tages der Wirtschaftskrieg ausbrechen muß, der Europa mehr belasten dürfte als es der Weltkrieg getan hat.

Die Entscheidung in den nächsten Wochen und Monaten sind also Entscheidungen über Lebensfragen der europäischen Völker. Es ist zweifellos ein historischer Fehler, daß die Regierungen Europas von einem Kapitalismus bestimmt werden, der über kleinliche Profitinteressen die großen Lebensfragen der Nationen übersteht. Für die Arbeiterklasse folgt daraus die Notwendigkeit internationaler Solidarität, um die eben beginnende Neuordnung in der Welt vor den Gefahren eines neuen Chaos zu sichern.

Die Teuerung.

Was bedeutet die Teuerung, die in der letzten Zeit in der ganzen Weltwirtschaft und in einzelnen Ländern in besonders hohem Grade aufgetreten ist? Jeder, der von seiner Hände Arbeit oder Kopfarbeit lebt, empfindet die Teuerung mit Recht als ein großes Übel, das seine seit dem Kriege ansonst verschlehterte Lebenshaltung mit neuer Gefahr bedroht. Die Teuerung als Welterscheinung, und darüber hinaus die Teuerung in einzelnen Ländern, ist eine verwickelte Angelegenheit, deren Gründe sehr mannigfaltig sind, und die daher nur schwer aus der Welt geschafft werden kann. Von der Teuerung, die von der Valutaseite her kommt, und sich in der fortwährenden Entwertung des Geldes ausdrückt, wollen wir hier nicht reden. Wir wissen wohl, daß die Kaufkraft des Geldes seit dem Kriege viel geringer geworden ist als früher. Für dieselbe Menge Geldes kann man seit dem Kriege weniger kaufen als in der Vorkriegszeit. Auch sind die Folgen der Geldentwertung für die Preisgestaltung bekannt. Bei der Betrachtung der neuen, jüngst heringebrachten Teuerungswelle können wir jedoch die Valutafragen jählich ausschalten. Sie kommen heute nur für die Länder in Betracht, welche ihre Stabilisierungsstrategie — die Beseitigung des Geldwertes — noch nicht ganz überwunden haben und wo daher die Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise noch nicht ganz erfolgte. In diesen Ländern, wie in Oesterreich, Belgien usw., steigen die Preise auch aus diesem Grunde. Es gibt aber auch Stabilisierungen, wie in Deutschland, Polen und Ungarn, wo gleich beim Anfang der Stabilisierung die Weltmarktpreise erreicht oder überboten wurden. Uns beschäftigt hier nur die Teuerung der Weltmarktpreise selbst oder die über die Weltmarktpreise hinausgehende Steigerung der Warenpreise.

Wenn in einem gegebenen Zeitpunkt weniger erzeugt und dadurch das Angebot der Waren vermindert wird, so ist die Teuerung nur ein Ausdruck dafür, daß nicht mehr verbraucht werden kann, als erzeugt wird. Diese einfache Wahrheit kommt in der kapitalistischen Wirtschaft durch Teuerung zum Ausdruck, die nicht nur die schlechtere Versorgung der Bevölkerung bedeutet, sondern noch andre Folgen hat. Die Verminderung der Produktion kann natürliche und künstliche Ursachen haben. Der schlechte Ernteausfall ist eine natürliche Ursache. Die dadurch hervorgerufene Teuerung bewirkt aber nicht nur die schlechtere Versorgung der Bevölkerung mit Brot, sondern, insofern der verminderten Kaufkraft der Brotkäufer, die einen größeren Teil ihres Einkommens für das teure Brot verwenden müssen, hat sie auch den Rückgang auf andern Produktionsgebieten zur Folge. Noch schlimmer ist aber die künstliche Einschränkung der Produktion, die in der kapitalistischen Wirtschaft zur Erhöhung der Profite vorgenommen wird. Man schränkt die Produktion absichtlich ein, um das Angebot am Warenmarkt zu vermindern. Zu diesem Zweck ist aber die Ausschaltung des freien Wettbewerbes notwendig. Je mehr das Monopolkapital in Form von Trusten und Kartellen vordringt, um so leichter können Produktions-einschränkungen zur Steigerung der Profite vorgenommen werden. Freilich könnten die Truste und Kartelle durch eine Erweiterung der Produktion und die dadurch bewirkte Senkung der Herstellungskosten unter Umständen noch mehr gewinnen als durch die künstliche Einschränkung der Produktion.

Für das Monopolkapital ist es aber viel bequemer und sicherer, den andern Weg zu gehen. Um den Absatz für eine erweiterte Produktion zu sichern, müssen politische und soziale Vorbedingungen geschaffen werden, wozu sich aber das Monopolkapital nicht aufschwingen kann. Zur Sicherung und Steigerung seiner Macht in der Politik und in der Wirtschaft ist es ihm angenehmer, ein großes Heer zu unterhalten, politische Unsicherheit aufrechtzuerhalten (Imperialismus) und niedrige Löhne zu zahlen; Umstände, die einer Erweiterung des Absatzes im Wege stehen. Während der großen

Weltwirtschaftskrise konnte man feststellen, daß bei der gleichzeitigen Verarmung der Bevölkerung und dem Zusammenstürzen des National Einkommens der Anteil des Monopolkapitals an dem Gesamteinkommen des Landes sich sowohl absolut wie relativ erhöht hatte.

Was bedeutet denn die Teuerung? An sich nichts — sie empfangt nur durch Gegenüberstellung mit dem Einkommen ihre Bedeutung. Wenn die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte in einem größeren Maße steigen als die Preise der Produktionsmittel für die Landwirtschaft und für die Industrieartikel, so steigt das Einkommen der Landwirte. Sie können trotz der Erhöhung der allgemeinen Preisliste mehr als bisher kaufen. Für diejenigen Schichten aber, welche ihr Einkommen der Teuerung entsprechend nicht zu steigern vermögen, bedeutet die Teuerung die Einschränkung ihres Verbrauchs. Es kann die Einschränkung des Verbrauchs für das ganze Land erfolgen, insofern sich die Weltmarktpreise für die Artikel, die in dieses Land eingeführt werden müssen, wie Getreide, Baumwolle, Kolonialprodukte, steigern. In diesen Fällen muß das ganze Land einen Tribut an die Länder, in denen diese Produkte erzeugt werden, entrichten. Innerhalb des Landes erfolgen aber außerdem noch große Verschiebungen in der Einkommenverteilung. Angesichts der Teuerung sinkt das Realeinkommen einzelner Bevölkerungsschichten, wobei das gesamte Nationaleinkommen sich erhöhen, gleichbleiben, oder sinken kann. In letzterem Falle wird das Einkommen dieser Schichten in einem größeren Maße sinken wie das Nationaleinkommen. In diesem Falle muß die eine Schicht gewinnen, was die andere verliert. Von dem Nutzen der Teuerung, vom Monopolkapital haben wir bereits gesprochen; in der letzten Zeit sind auch die Landwirte hinzugekommen. Dazu kommt, daß das Leihkapital (Banken usw.) das in den Ländern, wo Geldknappheit herrscht, sich hohe Zinsen für die Darlehen bezahlen läßt. Des weiteren trägt die Ueberhandnahme des Zwischenhandels zur fortschreitenden Verteuerung bei. Die Spanne zwischen den Erzeuger- und Kleinhandelspreisen wird immer größer, was auf eine Ueberhandnahme der unproduktiven Arbeit hinweist. Bei zu hohen Frachtkosten werden die Waren nicht nur unmittelbar verteuert, sondern vielmehr dadurch, daß der Wettbewerb, der zur Senkung der Warenpreise führen kann, auch auf diese Weise erschwert wird.

Die Leidtragenden bei der Teuerung sind aber immer die Fixbesoldeten und die Lohnempfänger. Bei dem Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft kommt nämlich die Anpassung der Gehälter und der Löhne an die Teuerung zu spät und ist unzureichend; sie stößt auf mannigfache Widerstände. Deshalb bildet für diese Schicht der Bevölkerung die Teuerung die größte Sorge. Wie soll man ihr begegnen? Der Käuferstreik kommt schließlich in Frage. Die Unternehmer, die Rohstoffe und Halbfabrikate kaufen, pflegen in der Zeit der Teuerung noch mehr zu kaufen als sonst, aus Angst vor einer weiteren Preissteigerung. Die Verbraucher sind aber nicht organisiert, und soweit es sich um unentbehrliche Bedarfsartikel handelt, können sie sich des Kaufes nicht enthalten. Es bleibt kein anderer Weg, als Kämpfe für die Erhöhung der Gehälter und Löhne zu führen, eine aufreibende Arbeit, die nie zum vollen Sieg führen kann. Ihr Erfolg ist im wesentlichen vom Grad der Organisation der Arbeitnehmer abhängig.

Der Staat könnte zur Bekämpfung der Teuerung auf zweierlei Art beitragen: unmittelbar durch seine Steuern, Zölle und Kreditpolitik, mittelbar aber durch Kontrolle der Preisgestaltung. Was den ersten Punkt anbelangt, so war die Tätigkeit der Staatsmacht in den letzten Jahren keineswegs geeignet, die Teuerung einzuschränken. Wenn man die Steuerwirtschaft der europäischen Staaten überblickt, ist man geradezu erstaunt über die Rückständigkeit und den unsozialen Charakter derselben. Mit Ausnahme von England sind die Steuersysteme sämtlicher Länder auf die sozial ungerechtesten Steuern aufgebaut, die der Teuerung und dadurch

der Verminderung der Kaufkraft der wirtschaftlich schwächsten Schichten Vorschub leisten. Deutschland hat diesbezüglich eine führende Rolle. Dasselbe gilt für die Zollpolitik mit ihren bösen Wirkungen auf die Teuerung. Dies wird sowohl durch die Verteilung der Machtverhältnisse wie auch durch Bequemlichkeit herbeigeführt. Zölle, Verbrauchs- und Umsatzsteuern sind die besten Mittel zur Geldbeschaffung für den Staat. Die militärischen Ausgaben nehmen in fast allen europäischen Ländern noch riesige Summen in Anspruch. Für Deutschland kommen noch die Reparationslasten verschärfend hinzu. Für Mitteleuropa außerdem noch die erdrückenden Kreditzinsen.

Noch schlimmer steht es um die Preiskontrolle. Nach dem Kriege herrschte Einstimmigkeit über die Forderung des Abbaues der während des Krieges entstandenen Zwangswirtschaft. Nicht ohne Grund. Die Kriegswirtschaft hatte ihre großen Mängel und konnte für den Frieden nicht einfach übernommen werden. Sie ermöglichte große Kriegserfolge; auch ist es wahr, daß die Festsetzung von Höchstpreisen, wenn sie nicht mit der Verteilung der Waren verbunden ist, zum Verschwinden derselben vom Markt und zum Schleichhandel führt. Aus diesem Grunde kann man von den neuerlich erlassenen Wuchergesetzen in einzelnen Ländern, die Höchstpreise für gewisse Reparaturartikel bestimmen, nicht sehr viel erwarten. Tragen darf man nicht vergessen, daß die Kriegswirtschaft in mancher Hinsicht viel geleistet hat und die Versorgung der Bevölkerung zu erträglichen Preisen durchsetzte. Nicht die Kriegswirtschaft als solche, sondern nur ihre Auswüchse hätten beseitigt beziehungsweise ihre Lüden ausgefüllt werden müssen. Heute sind die Kartelle, die während des Krieges durch den Staat gegründet und gefördert, aber auch weitgehend kontrolliert wurden, wieder da, mit dem Unterschied aber, daß hinter ihnen keine wirksame Kontrolle steht. Sie sind in ihrer Preispolitik vollkommen frei und unbehindert. — Der Kampf gegen die Teuerung muß demnach an verschiedenen Fronten geführt werden. Zu seinem Erfolg ist sowohl die Stärkung der außerpolitischen sozialen Bewegung wie eine größere Einflusnahme auf die Staatsgewalt notwendig.

Lohnabzug und Umsatzsteuer.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht folgende Aufstellung aus Steuern, Zöllen und Abgaben; Es gingen ein:

Art der Steuer	November 1924	In der Zeit vom 1. 4. 24 bis 30. 11. 24	Boranschlag für das Steuerjahr 1924
	(in 1000 Goldmark)		
Insgesamt	672 056	4 657 981	5 243 747
Davon entfallen auf			
Einkommensteuer	119 751	827 074	
a) Lohnabzug			1 344 000
b) Steuerabzug vom Kapitalertrag	38	7 398	
c) andere Einkommensteuer	74 467	577 069	
Umsatzsteuer			
a) allgemeine Umsatzsteuer	153 154	1 213 503	1 260 000
b) erhöhte Umsatzsteuer	11 657	74 057	180 000

Aus der Aufstellung ergibt sich eine sehr günstige Gestaltung der Reichsfinanzen, da der Boranschlag in den ersten 8 Monaten

des laufenden Steuerjahres beinahe erreicht ist. Bei annähernd gleicher Entwicklung wird sich für das Steuerjahr ein ganz erheblicher Ueberschuß über den Boranschlag hinaus ergeben.

Nun wird im Reichsfinanzministerium eine neue Steuerreform vorbereitet, die, soweit wir unterrichtet sind, die Ermäßigung einer Reihe von Steuern bringen wird. Angesichts der Entwicklung der Reicheinnahmen sind wir aber der Auffassung, daß in erster Linie solche Steuern ermäßigt werden müssen, die an und für sich überspannt sind und deshalb Hemmungen für die Produktion bedeuten. In Frage muß natürlich zuerst die Lohnabzugssteuer kommen. Die gesamte Einkommensteuer erbrachte, wie uns obige Tabelle zeigt, in 8 Monaten rund 141 535 000 M. gegen einen Boranschlag von 1 344 000 000 M. für 12 Monate, also weit mehr. Wenn der Ertrag größer ist, als man allgemein erwartet hatte, so ist dieses nur auf die Lohnabzugssteuer zurückzuführen, die unter der Einkommensteuer allein 827 Millionen erbrachte. Wehnlich liegen die Dinge bei der Umsatzsteuer.

Es muß vom Reichsfinanzministerium und dem Reichstage unbedingt gefordert werden, daß hier, wo die Last am drückendsten ist, und die Belebung der Wirtschaft am besten erzielt werden kann, die Erleichterungen unbedingt und sofort einsehen. Man wird sich dieser Forderung um so weniger verschließen, da Lohnabzug und Umsatzsteuer bisher den Verbrauch bedeutend eingeschränkt haben und in ihnen eine der wesentlichsten Ursachen der heutigen Industriekrise gesucht werden muß.

Die künftige Industriebelastung.

Nach dem Dawesplan und dem Industriebelastungsgezet wird die deutsche Wirtschaft zur Aufbringung der deutschen Zahlungen mit einer Obligationsschuld in Höhe von 5 Goldmilliarden belastet. Die zurückgetretene Regierung Marx hat noch bestimmt, daß der deutsche Einzelunternehmer, um die Summe von 5 Milliarden sicherzustellen, für 17,1 Prozent seines Betriebsvermögens eine Obligation auszustellen hat. Diese Obligationen sind vom Jahre 1925/26 ab zu verzinsen, und zwar für das Jahr mit 2 1/2 Prozent. Für das Jahr 1926/27 sind 5 Prozent zu zahlen. In den folgenden Jahren beträgt die Leistung neben den Zinsen von 5 Prozent noch 1 Prozent für Abtragung der Schuld (Amortisation). Diese Sätze beziehen sich auf den Teil des Betriebsvermögens, der mit der Obligationsschuld belastet wird, also auf 17,1 Prozent des gesamten Betriebsvermögens. Demnach hätte die deutsche Wirtschaft nach 1927 rund 1 Prozent ihres gesamten Betriebsvermögens an Reparationszahlungen abzuführen.

Diese Festsetzung kann nur eine vorübergehende sein. Sie geht nämlich auf die Vermögenssteueranlagung vom 31. Dezember 1923 zurück. Diese ist bis jetzt noch nicht veröffentlicht; sehr wahrscheinlich aus dem Grunde, weil angenommen wird, daß die Selbsterschätzung des Unternehmertums vom 31. Dezember 1923 nur einen Bruchteil des wirklichen Vermögens wiedergibt. Die richtige Ermittlung des Vermögens dürfte die Zahlungsquote von 1 Prozent nicht unwesentlich vermindern.

Für die „Einheit der Gewerkschaften“.

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Wien hat bekanntlich den Vorstand des IGB. beauftragt Schritte zu unternehmen, um den Anschluß der russischen Gewerkschaften an die internationale Gewerkschaftsbewegung durch ihren Beitritt zum IGB. nach dessen Statuten und Bestimmungen herbeizuführen. Wie nun die russischen Kommunisten auf diesen Wunsch der dem Inter-

Aus dem Wetterwinkel.

(Vom Jahreswechsel — Schnee und Eis — Tarif, Arbeit und Steuern.)

Zwei Wochen im neuen Jahr liegen schon wieder hinter uns, und die Menschen gehen, laufen und stolpern längst wieder im alten Trott; aktuell so wie im alten Jahre. Nur beim Uebergang vom alten ins neue tun alle so, als wenn es gründlich anders werden sollte. Wie meistens sonst im Leben werden die Vorjähre vom Silvesterabend, die so um 12 Uhr nachts herum mit Ueberdrehung verkündet werden, wieder vergessen; und die, die bei solchen Gelegenheiten angeregt vom kalten, warmen oder heißen Neujahrstrunk den Mund recht voll nehmen, vergessen am ehesten! Das andre, das neue Jahr ändert nichts im Verhältnis der Erdenbewohner untereinander. Der Kampf geht weiter um höheren Profit, um höheren Lohn, und zwar im einzelnen wie in der Gesamtheit; er geht weiter um das größere Stück Brot und der nötigen Schmiere darauf und weiter im rein persönlichen Leben, um Drang und Schnelligkeit zu betriebligen. Der Kampf läßt nicht nach auf politischem Gebiet, um dort zu höherem Einfluß und zu mehr Macht zu gelangen. Das Gerause nimmt bekanntlich auf allen Gebieten manchenmal recht unehrerliche Formen an, darin wird das neue Jahr verflücht wenig Veränderung bringen. Deshalb kann unter all dem Getue und Gestammel beim Jahreswechsel mit gutem Gewissen, ohne gegen alles Herkommen zu verstoßen, von mir, dem Steinklopfer-Hannes, ein dicker Punkt gemacht werden. Dann meiner und der andern Leute ihr Steinhaufen bleibt immer ein Steinhaufen und mein langjähriger Hammer oder der kurzzeitige Schlägel muß im selben Schwung, im selben Hieb auf die zackigen Steinhorzel niederhauen wie sonst auch. Immer zu dem Zweck, damit meine engere Welt (Haus, Magen, Gedanken) nicht zum Stillstand kommt, sondern sich weiter dreht; meine engere Welt ist ja nur der kleinere, der winzigste Teil in dem großen, großen Weltkreis! Allerdings sehe ich auch die Zeit kommen, und sie scheint mir durchaus nicht so fern, wo es auch vom Steinklopfer-Hannes heißt: „Stumm hob er den Arm, den schlaffen, hämmerte an den Steinen herum, konnte nichts Rechtes mehr schaffen!“

Von Schnee und Eis, dem Schreden aller Steinklopfer und ihrer Helfer, ist mein Arbeitsplatz an der Straße bisher noch freigeblichen; ich konnte demnach auf diese Art ungehindert meinen Hammer schwingen und Stein auf Stein zum Haufen purzeln lassen. Darüber bin ich natürlich sehr froh und mit mir all die andern Steinklopfer gleicher Art, die den Winterjimmel als Arbeitsdach haben. Auch sie konnten günstigenfalls noch ihrer Arbeitswelt freien Lauf lassen. Diese günstige Wetterlage spannt unwillkürlich die menschlichen Hoffnungen höher. Freilich gibts Leute, denen es durchaus nicht behagt, wenn der meterhohe Schnee und der knaude Frost ausbleibt. Einmal sind es die Landwirte, die gern eine Schneedecke auf ihrer Winterlaas sehen. Doch Schneedecke oder nicht, der brotessende Konsumant hat jedenfalls so oder so doch keinen Vorteil davon! Und dann stöhnen und klagen über die für das Arbeitsvolk günstige Witterung die andern Wirte; jene, die auf den Bergen und an den Anhöhen wohnen, und die Schnee, viel Schnee haben möchten, damit Sportmenschen und Nichtsteuer beiderlei Geschlechts darauf herunterrutschen können. Ich habe in früheren Jahren immer gedacht, was mögen diese Rutschleute nur für einen guten Tarif in ihrem Arbeitsverhältnis haben, denn aus den Ferien kommen sie ja überhaupt nicht heraus und das Geld wird bei ihnen nie alle. Erst später bin ich dahinter gekommen, daß denen ihre Ferien und ihre nie verfallenden Gelber von andern erarbeitet werden müssen! Ich glaube, auch mancher Steinklopfer — nur ich nicht, weil ich für den Kreisverband Klopfer — trägt durch seine Meißelführung und Hammerschläge dazu bei, daß die Wirte auf den hohen und höchsten Bergen ihr gutes Auskommen haben. Erst vor wenigen Tagen hatte ich mit solch einem schneewütigen Wirt eine anregende Unterhaltung, und als ich ihm dann im weiteren Verlauf, ohne jede Bosheit, auseinandersetzte, daß seine Existenz durchaus nicht auf Arbeit für die menschliche Gesellschaft, etwa so wie die Arbeit der Steinklopfer, begründet ist, da hat er mich erst verdutzt angeglockt,

ja, wirklich angeglockt, als sei ich der sehnlichst erwartete Schneegott, dann aber hatte er es plötzlich sehr eilig und brummelte im Fortgehen etwas in den Bart, das klang wie „Bolschewist!“. Na, deswegen bleib ich doch, über solche Bemerkungen schmunzelnd, der alte Steinklopfer-Hannes; aber es ist nachgerade häßlicher Brauch geworden, jeden als Bolschewist zu bezeichnen, der eine andre Meinung hat wie derjenige mit dem Geld und dem großen Verdienst! Dieser Vorgang trug sich an meiner Arbeitsstelle und meine Steine, in Verbindung gebracht mit Schwung und Schlag des scharf-tantigen Hammers, gaben sogar einen helleren Klang beim Auseinanderbersten ab, als der schneewütige Wirt von der nahen Anhöhe mit den bolschewistischen Scheuklappen von dannen stob.

Als ich in der Nummer 52 unserer Zeitung lesen konnte, daß der Reichsarbeitsvertrag wieder erneut abgeschlossen wurde, war ich darüber tatsächlich arbeitsfroh; denn ich wußte aus Gesprächen und sonstigen Auslassungen einiger angeblich maßgebenden Herren und ihrer Betriebsvertreter aus meiner nächsten Nachbarschaft, daß der Vertrag vollständig umgemodelt werden sollte und wenn nicht, nun, dann eben „kein Vertrag“, so sagten sie. Vielleicht hat nun doch die bessere Einsicht beim Verhandeln mit unsern Vertretern gesiegt. Dieser Vorgang hat mir in der Neujahrswoch Freude bereitet. Allerdings ist die Arbeitszeit mir noch reichlich genug ungeschrieben, aber als wichtigster Kern aus dem ominösen § 4 leuchtet doch heraus: 48 Stunden pro Woche und bei angeordneter Mehrarbeit bis 54 Stunden gibt es einen Zuschlag von 15 Prozent! Darin liegt zweifellos ein Fortschritt, der anerkannt werden muß. Und als ich dann weiter lesen konnte, daß von Untermesselei neben andern Herren sogar ein Herr für die Verkündigungszeit gewirkt hat, den ich nach allen früheren Auslassungen des „Steinarbeiters“ als einen unermüdbaren scharfen, ja rauhbeinigen Gegenpart halten mußte, habe ich bei mir gedacht: „Hannes, du hast Unrecht getan, als du diesen Herrn auch unter die „Kerkersteinerschläger“ gerechnet hast in deinem zweiten Artikel unter Wetterwinkel im Jahre 1924! So täuscht man sich eben oft im Leben. Doch eine angenehme Enttäuschung nimmt jeder gern in Kauf, ohne daß er nun gleich von seiner vorher kundgegebenen Auffassung etwas zurückzunehmen braucht. Zu wünschen wäre nur, daß sich eine solche Besserung auch auf die Herren ausdehnt, die in meinem Gebiete, im Hannoverschen, Harzer und Kasseler Gebiet vielen Hunderten von Steinklopfern einen auskömmlichen Verdienst nicht recht gönnen und mit allen Mitteln der alten Zeit den Lohn knapp halten. Diese Herren heißen sich dabei oft an Kleinkram fest, der mit dem Wort „Steinindustrie“ nichts zu tun hat. Ich weiß aus meiner Wanderzeit vor etwa 30 Jahren, da bezeichnete man solchen Kleinkram in der Behandlung der Steinklopfer als „Krautermanieren“. O, in diesem Wort liegt viel drin! Zum Beispiel: Keine geregelte Arbeitszeit — knapper Lohn — mangelhaftes Werkzeug — Herumkniffeln der Meisterin —, auf jeden Fall im Betriebe hören —, sich einige Ohrenbläser unter den Arbeitern heranzuschleichen —, den Steinbuben ausnützen und verprügeln —, die Steinklopfer überall schlecht machen —, ihnen einen höheren Verdienst wie wirklich bei andern Leuten andichten —, die Abgangspapiere vorzuenthalten —, diese Papiere selten in Ordnung haben und dergleichen mehr. Und wenn nun gar diese Kleinlichen Krauter hätten damals Ferien gewähren sollen, ich glaube, verschiedene würden direkt Kopf gestanden haben samt der Meisterin. Die hätte sich sicherlich kein Gewissen in der Aufregung darüber gemacht, daß dann bei der Prozedur des Kopfstehens ihr Hörschen oder wer weiß was sonst zu leben gewesen wäre! Damals waren also andre Zeiten; der Krauter war tonangebend. Heute sollten nach meiner Meinung, die zu Industriellen gewordenen Steinklopferarbeitgeber sich doch wirklich ernstlich bemühen, etwa in die Bespflanztheit und Manieren der meistlichen Vorfahren zurückzufallen. Diese alten, unheimlichen Zustände tauchen immer wieder in meinem Gedächtnis auf, wenn ich von den kleinsten Maßnahmen höre und lese, die in einigen Betrieben angeordnet werden. Darunter rechne ich natürlich auch das Hin und Her um 1 oder 2 Pfennig Lohn, das hinauszerren bis zum Reichsarbeitminister, oder die Ferienbetrüftung bei einem einzelnen Steinklopfer von ein paar Hundert im Betrieb. Reicht nun schließ-

lich irgendwo der Geduldsboden und es kommt zum Streik, dann sind die industriellen Kleinkramanhänger die ersten, die vom Vertragsbruch reden! Sie sind auch meistens diejenigen, die einem Arbeitervertreter die Verhandlungsfähigkeit absprechen, wenn ihm od all dieser Hin- und Herzererei ein hartes Wort aus dem Lebensschlund unter der Nahe herausfährt. Nach meiner Meinung muß dieser Kleinkram, der so auffallen mit den früheren Krautermanieren harmoniert, verschwinden! Ich sage mit Absicht: muß! Denn das ist sicher Aufgabe des neuen zentralen Ausschusses und seiner Begleiterseinerungen.

Der neue Abschluß des N.W. scheint mir auch ein Symptom — also ein Anzeichen dafür zu sein, daß wir gewöhnlichen Steinklopfer, die bekanntlich die wirklichen Unterlagen für Wagen-, Bahn- und Fußverkehr schaffen, Arbeit in Aussicht haben. Damit haben natürlich die Steinleger, Kammer und ihre Hilfsarbeiter dieselbe Aussicht. Die Kammer können dann im größten Teil des neuen Jahres ihre Kamme auf und nieder schwingen, wenn sie im Drei- und Vierklang die klingenden Steine in die Erde stoßen. Steine, die vorher die Steinlegergesellen mit einem leichten hellen Hammerschlag so abrett in Reih und Glied in Sand gebettet haben. — Wenn alle Steinklopfer, die an der Herstellung und dem Legen des Pfisters, zum Beispiel des honetten Bürgersitzes, beteiligt sind, einmal Betrachtungen darüber anstellen würden, was ihre mit Meißel und Hammer geschnittenen Steine und Steinchen erzählen könnten, ich glaube, mancher Mosaikschläger, Granitplattenhauer, Klein- und Grobpfistersteinerschläger würde mit größerem Bedacht seine Steinbrocken behandeln. Ja, wenn die Steine auf dem Bürgersteig erzählen könnten, sie würden sagen, was alles über sie dahinwagt, stolzt, geht, läuft, trippelt und humpelt. Aus den Schritten selbst könnte festgestellt werden, was ihren Eigentümer bewegt, ob ihn Mut, Hoffnung oder Verzweiflung besetzt. Ferner, ob der Schreitende zu den arbeitsfrohen Menschen gehört oder zu den begnadeten, oder zu den gezwungenen Nichtstauern. Die Steine könnten sogar etwas Intimes verraten von dünner und dünner Kleidung, von zerfallenen Schuhen und dem Gegenteil davon; aber sie könnten auch erzählen von graziösen, trippelnden, hoffnungsvollen Schritten, von Baranenskrümpfen, von eckten und unechten Waden und sogar von schimmernden Spitzen an Röcken und Höschen und noch von manchem andern, was man so im internen Leben „pikant“ nennt. Ja, wenn die Steine erzählen könnten, würde gewiß mancher Steinklopfer neben seiner Berufsarbeit unter die Philosophen — die den Zusammenhänge alles Seins erforschen — gehen und seine Steine dann so zurückschleichen, daß sie möglichst viel von unten nach oben erspähen! Den Steinen kann also wirklich viel abgelauscht werden, nur ist es nicht jedermanns Sache, sich darüber ernste Gedanken zu machen. Gelegenheit werde ich versuchen, den alten und jungen Steinklopfern oder Gruppen zu lazen, was im Laufe der letzten Jahre mir die bearbeiteten und un bearbeiteten Steinbrocken anvertraut haben.

Lebensprüche.

Jedes Memlein hat sein Schlämplein.
Wenn ihr euch laßt mit Memtern schmücken,
so klaget nicht, daß sie euch drücken.
Wir machen keine neuen Erfahrungen.
Aber es sind immer neue Menschen, die alte Erfahrungen machen.
An Erfahrung fehlt es uns nicht, aber an der Gemütsruhe,
wodurch das Erfahrene ganz, allein klar, wahr, dauerhaft und nützlich wird.
Es ließe sich alles trefflich schlachten,
könnte man die Sache zweimal verrichten.

nationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen geantwortet haben, entnehmen wir dem „Vorwärts“:

Losowski, der Sekretär der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale, sagte, wie wir der „Pravda“ vom 15. Juni entnehmen: „Wir sind für die Einheit, weil sie uns die Möglichkeit gibt, das Aktionsfeld für den Kommunismus zu erweitern.“ Wir zitieren noch folgende Äußerung Losowskis nach dem „Tribune“ vom 13. Juli: „Wenn die Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften bleiben, machen sie es zu dem Zweck, diese ganze Organisation auf den Kopf zu stellen, die Reformisten aus ihr zu vertreiben und die ganze Energie des revolutionären Teiles der Arbeiterklasse auf das Ergreifen der Massen zu richten... Wir müssen dort (d. h. in den reformistischen Gewerkschaften) das kommunistische ferment haben, welches die reformistischen Organisationen zersetzt und uns die Möglichkeit gibt, immer größere Massen zu erfassen.“

Strowjew, der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, sagte nach der „Pravda“ vom 24. Juni: „Für uns ist die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung lediglich ein Mittel, die Arbeitermassen zu mobilisieren und zu organisieren. Ihnen gefällt dieses Mittel nicht. Gut, ich schlage Ihnen ein „Kompromiß“ vor: Sobald Sie die große Mehrheit der Werktätigen in Ihrem Lande erobert haben, werden wir Sie unverzüglich von der Befolgung der Einheitsfronttaktik befreien.“

Tomski, der Vorsitzende des Russischen Gewerkschaftsrats, sagte nach der „Pravda“ vom 10. Juli: „Wir beginnen die Attacke auf die reformistische Festung, wir gehen einheitlich und geschlossen vor, um Auge um Auge mit dem Feinde den letzten Kampf zu kämpfen, und werden sehen, wem der Sieg gehören wird, den Reformisten oder dem Flügel der internationalen Arbeiterbewegung, der nicht nur in Worten, sondern in der Tat ein revolutionärer Flügel ist.“

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale im Juni 1924 nahm eine Entscheidung an über die Frage der gewerkschaftlichen Einheitsfront, in der es heißt: „Die Taktik der Einheitsfront ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für eine ganze Periode. Alle Versuche, diese Taktik als eine politische Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie auszugeben, sind ein Opportunismus, der von der K. I. verworfen wird... Die Einheitsfront war und bleibt die Taktik des revolutionären strategischen Manövers, des von allen Seiten von Feinden umzingelten kommunistischen Vortrupps, im Kampfe in erster Linie gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie und keineswegs eine Taktik des Bundes mit diesen Führern.“

In einem von uns schon zitierten Artikel vom 4. Dezember schreibt Losowski: „Der Kommunismus und der Reformismus sind Todfeinde und die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung bedeutet die Fortsetzung und Verschärfung des Kampfes um den Einfluß auf die Massen.“ Losowski ist sich auch durchaus klar darüber, daß nicht nur die drei Delegierten, die jüngst in Rußland, sich in grundsätzlichen Gegensätzen zu den kommunistischen Zerstörungspartnern befinden, sondern daß die englischen Gewerkschaften überhaupt himmelweit entfernt sind von der Taktik, den Zielen und Absichten der Bolschewisten. Er schreibt selbst ganz richtig darüber: „Zu groß sind noch die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem führenden Kern der englischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften der Sowjet-Union. Man darf auch nicht einen Augenblick lang vergessen, daß unsere Gewerkschaften einen organisatorischen Bestandteil des Sowjetsystems bilden, daß an ihrer Spitze Kommunisten stehen, daß aber die englischen Gewerkschaften, die die Regierung der englischen Arbeiterpartei geschaffen haben, diese Regierung nicht nur in ihrer inneren, sondern auch in der auswärtigen Politik unterstützen haben...“ Die beinahe alle Hege der bolschewistischen Presse gegen die Regierung MacDonald ist noch in zu frischer Erinnerung, um über die Tragweite des Gegenplatzes zwischen den englischen Gewerkschaften und den Bolschewisten im unklaren sein zu können.

Dies sind die einfachen Tatsachen. Die Amsterdamer Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß in Wien erklärt, daß sie bereit sind, die russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes aufzunehmen. Die maßgebenden Führer der russischen Gewerkschaften und die kommunistische Internationale haben darauf geantwortet, was wir vorstehend auszugswise zitiert haben.

Jetzt wollen die Kommunisten den Kampf der Gewerkschaften um die Erhöhung der Löhne, um die gezielte Verankerung des Achtstundentages, um den Wiederaufbau der Sozialversicherung mit ihrer schwindelhaften Agitation föhren. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, daß zwischen dem Vorstand des IGB. und den russischen Gewerkschaften Verhandlungen gepflogen werden. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen allein wird es abhängen, ob die russischen Gewerkschaften schließlich bereit sein werden, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen. An diese Bereitschaft kann freilich kein verständiger Mensch glauben. Die Gewerkschaftsmitglieder aber haben besseres zu tun, als ihre Arbeit durch einen verlogenen Einigungsrummel stören zu lassen.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkämpfe. Streik in Raumbach (Betrieb Trentia). In Gudensberg Firma Wegener, Pflaster- und Schotterbetrieb.

Gesperri. In Detmold und Hildesheim die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In Karlsruhe die Grabmalgeschäfte: Albert Münzer, Konrad u. Fürter, Steiner u. Willinger, Hugo Kromer, Andr. Klenner, Wilhelm Muffberger sind für unsre Verbandskollegen gesperrt, weil sie nicht den durch Schiedspruch festgesetzten Lohn bezahlen.

Zugang fernhalten. Außer den Orten, die unter Streik und Sperrung genannt sind, aus dem Ruhrschalen-Sandsteingebiet.

Gelebte Bewegungen: Streik in Elgershausen, bereits seit Ende November. Der Redaktion wurde leider erst Ende Dezember davon Kenntnis gegeben, obgleich im Kasseler Bezirk ein Angestellter tätig ist.

Dieser unleidliche Vorgang veranlaßt die Redaktion, auf den früheren Brauch zurückzugreifen, daß jede weitere Veröffentlichung von Lohnbewegungs- und Sperrnotizen nur dann erfolgt, wenn mindestens alle zwei Wochen Meldung über die Situation direkt an die Redaktion gelangt. Diese Meldung kann selbstverständlich irgendeiner andern Korrespondenz an die Verbandsleitung beigelegt werden.

Zur Ordnung in einer Zahlstelle oder Filiale gehört unter anderem die Sammlung eines Exemplars vom „Steinarbeiter“, vom geschlossenen Jahrgang Nr. 1 bis 52, und zwar in einer besonderen Wappe. Eine solche kann für wenige Pfennige in jedem Schreibwarengeschäft erworben werden. Der örtliche Kassierer und auch der Vorsitzende streichen sich mit Punktstift wichtige Vorstandsbekanntmachungen an, so daß sie in der Lage sind, bei Meinungsverschiedenheiten oder zur eigenen Information stets nachlesen zu können. Einige umsichtige Funktionäre flehen aus eigener Anregung heraus auf der Innenseite der „Steinarbeiter“-Sammelmappe einen weißen Bogen Papier und vermerken regelmäßig auf diesem den Gegenstand der Vorstandsbekanntmachung und die Nummer der Zeitung, worin sie zu lesen ist. Bei Bedarf ist dadurch eine schnelle Information möglich. Andre Funktionäre schreiben die Bekanntmachungen heraus und kleben sie regelmäßig, je nach

Gegenstand gruppiert, auf größere Bogen oder in ein zu diesem Zweck angelegtes Buch (Schreibheft). Neben der Notiz steht dann auch der Vermerk, in welcher Nummer die Bekanntmachung gestanden hat. Auf diese Art kann eine örtliche Leitung sich die Geschäftshandhabung sehr erleichtern. Vor allen Dingen ist das Leiden der Verbandsvorstands-Bekanntmachungen unbedingt erforderlich. Ueberhaupt muß jede Notiz, jeder Artikel im „Steinarbeiter“ gelesen werden. Bei der Umänderung des Steinarbeitervertrags ab 1. Januar hat sich gezeigt, daß sogar Angestellte in Zahlstellengebieten diese Bekanntmachungen nicht beachtet hatten. Dafür gibt es keine Entschuldigung, denn die Betroffenen sind angestellt, um die Organisationsgeschäfte zu erledigen. Nachdem sie nun von der Redaktion auf die Unterlassung aufmerksam gemacht wurden, spielt dieser oder jener noch die gekränkte Leberkarte. Das ist natürlich alles andre, nur keine Ordnung. Wer etwas übersehen, mag es nur eingestehen, das ist immer mannhafter und aufrichtiger, als mit andern Sachen zu operieren. Schon mehrfach wurde an dieser Stelle darauf verwiesen, daß vor allen Dingen der Organisationsapparat funktionieren muß. Dazu gehört ardentliche Beitragzahlung, pünktliche Abrechnung mit der Hauptkasse und Beachtung des Statuts und der sonstigen Anforderungen, die, von der jeweiligen Lage diktiert, erhoben werden (Vorstandsbekanntmachungen). Dann hat eine Zahlstelle zweifellos das ungeschmälerte Recht erlangt, eine schnelle Behebung in allen mit dem Statut in Einklang stehenden Angelegenheiten von der Verbandsleitung in jedem Ressort zu verlangen. So ist es bisher auch immer gehandhabt worden.

Steinarbeiter.

Elgershausen. Am 21. 12. 24. fand unsre Monatsversammlung statt, die leider nicht gut besucht war. Tagesordnung: 1. Die Wirtschaftspolitik der Unternehmer; die Lage der Arbeiter in der Steinindustrie. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. Bevor der Vorsitzende in die Tagesordnung eintrat, tadelte er den flauen Versammlungsbesuch und ermahnte die anwesenden Kollegen, doch mitzuhelfen, daß ein besserer Versammlungsbesuch zustande käme. Der Vorsitzende Herr Peter schilderte dann eingehend die Tätigkeit der Arbeitgeber; sie sind nur auf ihr eigenes Wohl bedacht. Trotz stottem Absatz und hohen Steinspreisen ist für die Arbeiter nichts übrig. Unsrer Lohnverhandlungen im Bezirk Kassel-Hannover laufen schon seit Juni 1924. Schlichtungsausschuss, Tarifamt, Haupttarifamt bewilligen 2 Pfg. die Herren Unternehmer lehnen auch diese geringe Zulage nun schon zum zweitenmal ab. Auch das Reichsarbeitsministerium schließt sich dem Unternehmertum an und lehnt ab. Er ermahnt die Kollegen, doch endlich die Lage zu erlassen. So kann es nicht mehr weitergehen. Wir kommen immer weiter zurück, hohe Lebensmittel- und Kleidungspreise, niedrige Löhne. Nur eine starkgeleitete Organisation kann uns hier helfen. Die Arbeitgeber müssen auch versuchen, den Lohn der Stundenlohnarbeiter hochzubringen. Auch die Betriebsräte versagen oft. Wenn man aus verschiedenen Betrieben hören muß, daß Betriebsräte Schriftstücke unterschreiben, die gegen den Reichsarbeitsvertrag verstoßen, ohne das Schriftstück zu lesen. Auch an der Durchbrechung des Achtstundentages tragen wir einen Teil Schuld. Die Kollegen müssen geschlossen zusammenstehen. Wenn ein Direktor dem Kollegen Reiss gegenüber die Frage stellt: „Mediciel Gefolgschaft haben Sie denn noch hinter sich?“ Man kann daraus ersehen, daß die Unternehmer in ihren Betrieben ganz gut informiert sind. Er erinnerte dann an den Streik in Gudensberg. Die Kollegen dort hatten es satt, die ewige Hin- und Herbühler in der Lohnfrage noch mitzumachen. Peter machte die Kollegen noch darauf aufmerksam: Unsrer Parole muß heißen: „Ein Stundenlohn dem Verbands!“ Ein Kampf, der schließlich kommen wird, muß uns in jeder Beziehung gerüstet finden. Peter erläuterte dann den Artikel in dem „Steinarbeiter“ vom 20. 12. („Zahlen beweisen“). Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden zur Debatte gestellt, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligte, besonders ein Kollege aus Ostpreußen, der hier in der Umgegend beschäftigt ist. Mit dem Streik in Gudensberg wurde sich besonders beschäftigt. Zwei Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

1. Die verammelten Steinarbeiter in Elgershausen haben sich mit dem Streik in Gudensberg beschäftigt und den Streikenden ihre volle Sympathie ausgesprochen. Sie beauftragen hiermit den Bezirksleiter, am 28. 12. 24, spätestens am 1. 1. 25 eine Bezirksversammlung der Steinarbeiter des Kasseler Bezirks einzuberufen mit folgender Tagesordnung: I. Referat des Bezirksleiters über den Streik in Gudensberg und Stand desselben; II. Beschlusfassung über eventuell notwendig werdende Erweiterung des Streiks auf alle Betriebe im Bezirk Kassel.

2. Wir sympathisieren mit dem Streik in Gudensberg und sind bereit, pro Woche und Mann 1 Mk. (eine Mark) als Extrazustellung für die Kollegen zu zahlen. Erklären sich die Unternehmer bis zur Bezirkskonferenz nicht eindeutig dazu, eine den heutigen Verhältnissen angemessene Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, so behalten wir uns weiteregehende Anträge auf der Bezirkskonferenz vor. — Als Ortsverwaltung wurde die alte einstimmig wiedergewählt, nur ein zweiter Vorsitzender und ein Schriftführer mußten neugewählt werden. — Im Verschiedenen war nichts von Bedeutung. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit der Ermahnung geschlossen, jederzeit für eine einigte, geschlossene Arbeiterschaft in der Steinindustrie — dem Steinarbeiterverband — einzutreten.

Steinseher und Pflasterer.

Grünberg. In der am 26. Dezember stattgefundenen Steinseherversammlung wurde Bericht über die Ergebnisse der Bezirkskonferenz in Reichenbach erstattet. Dieser vom Kollegen Wismann gegebene Bericht hatte eine umfangreiche Aussprache zur Folge. Im besonderen wurden die Bestimmungen über die Lehrlingsfrage kritisch beleuchtet. Schon jetzt ist zu beobachten, daß die Zahl der eingestellten Lehrlinge keinesfalls der guten Ausbildung und der Zahl der Beschäftigten Geseßen bei mancher Firma entspricht. Mangelhafte Lehrlingsausbildung schädigt den Beruf und hindert die Lehrlinge an ihrem Fortkommen selbst. Darum soll die Lohnkommission im besonderen ihr Auge auf die Regelung dieser Frage werfen. Weiter wurden die Rundschreiben des Zentralvorstandes den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht und die Regelung der Krankenunterstützung einer Kritik unterzogen. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende Akt die von 36 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Konferenz der Steinseher und Berufsge nossen in Halle am 21. Dezember 1924. Die Konferenz wurde von Gauleiter Göhre eröffnet und die Tagesordnung bekanntgegeben. Die Leitung wurde Reinhard (Magdeburg), Preisch (Halle) und Reiss übertragen.

Vertreten waren 30 Zahlstellen mit 33 Delegierten, die 1123 Mitglieder vertreten, außer den Gauleitern Göhre, Schlegel und Bezirksleiter Reiss. Kollege Göhre behandelte in seinen Einführungsreden die Tarif- und Lohnpolitik. Er verwies vor allen Dingen auf die Arbeitszeit innerhalb des Steinsehergewerbes und betonte, daß im Steinarbeiterverband überall noch der Achtstundentag tariflich festgelegt ist, es sei aber bedauerlich, daß es noch Kollegen gibt, die der Ansicht sind, mit der freien Zeit nichts anderes anzufangen zu können und noch über die festgesetzte achtstündige Arbeitszeit hinaus arbeiten. Dies Verhalten einzelner Kollegen in der Arbeitszeit wurde von der Konferenz einer regen Kritik unterzogen. Auch wurde das neue Straßenbauproblem besprochen, das, wenn es zur Ausführung gelangt, die Natursteinindustrie in Deutschland schädigen wird. Hierüber entspann sich auch eine rege Diskussion, und es wurde bedauert, daß ein Teil der Pflasterer und

Berufsge nossen durch mangelhafte Auffor darbeit den Behörden Veranlassung geben, sich dem neuen Straßenbauproblem zu widmen. Aber auch die Behörden sollten wieder wie früher sich dafür einsetzen und dahin wirken, daß die Auffor darbeit abge schafft wird, denn nur dadurch wird die Arbeit vor schrittlich hergestellt und an Gele genheit gewinnen. Dann wies Koll. Göhre darauf hin, daß die Löhne der Steinseher, Rammer und Hilfsarbeiter sehr verschieden sind, es müsse aber das Augenmerk darauf gerichtet werden, daß nicht noch unter den von der Organisation festgesetzten Löhnen gearbeitet wird und damit die Lohnverhandlungen erschwert werden. Auch müssen die Kollegen mehr auf die sanitären Einrichtungen auf den einzelnen Baustellen sehen, denn damit sieht es nach der Kriegszeit sehr öde aus, so daß die Kollegen gezwungen sind, die öffentlichen Abortanstalten bzw. die der Gastwirtschaften in Anspruch zu nehmen und somit zum Ausgeben von Geld gezwungen sind; desgleichen zum Einnehmen ihrer Mahlzeiten zum Aufsuchen der Gastwirtschaften angewiesen sind. Die Konferenz sprach sich auch dahingehend aus, daß sämtliche Kammer und Hilfsarbeiter Mitglieder unsrer Organisation werden müssen, desgleichen müssen die Löhne der Lehrlinge durch Tarifvertrag festgelegt werden. Sodann wurde zu dem neuen Arbeitgeberverband des Straßenbaugewerbes Stellung genommen, dem bis heute 8 bis 10 kleinere Arbeitgebervereinigungen beigetreten sind, die sich über ganz Mitteldeutschland erstrecken. Hieraus können unsre Kollegen ersehen, wie notwendig es ist, sich auch noch enger um ihre Berufsorganisation zu scharen, denn nur dadurch sind wir in der Lage, auch unsre Verhältnisse zu verbessern und etwaige von der Arbeitgeberseite erstrebte Verschlechterungen abzuwehren zu können. Durch die Verschmelzung haben uns die Arbeitgebervereinigungen die bisher bestehenden Bezirksstarke zum 31. Dezember gekündigt und den Steinarbeiterverband aufgefordert, mit ihnen in neue Tarifverhandlungen einzutreten, diese sollen ev. am 7. Januar 1925 in Goslar stattfinden.

Von einer Einreichung eines Tarifentwurfs an den neuen Arbeitgeberverband wurde Abstand genommen, da die Tarife von Arbeitgeberseite aufgekündigt worden und insolgedessen von deren Seite Vorschläge überreicht werden müssen.

Es wurde aber über einen Entwurf beraten und der Tarifkommission, die sich nach erfolgter Wahl aus den Koll. Rowa, Kowalski-Hannover, Fiedler-Gera, Reiss-Kassel, Reinhardt-Magdeburg, Böttcher-Bernburg und Preisch-Halle zusammensetzt, als Material überwiesen. Zum Schluß wurde noch einer Kritik unterzogen, daß ein Teil Zahlstellen mit der Einreichung ihrer Bezirksbeiträge zur Beilegung von Lohnverhandlungen der Tarifkommission noch im Rückstande sind, und werden die in Betracht kommenden Zahlstellen hiermit nochmals aufgefordert, diese Beiträge unverzüglich an die in Betracht kommenden Bezirkskassierer einzuliefern, damit die Verhandlungskommission auch an den kommenden Verhandlungen teilnehmen kann. Ebenfalls wird Klage von der Zentrale darüber geführt, daß es noch Zahlstellen gibt, wo die Fachpresse immer noch nicht gelesen wird; es sei darauf hingewiesen, daß ab 1. Januar 1925 der „Steinarbeiter“ wieder gratis an die Mitglieder abgegeben wird, und die Zahlstellen nur das Portogeld zu tragen haben. Der „Steinarbeiter“ ist nicht mehr bei der Post, sondern bei der Zentrale zu bestellen. Die Konferenz schloß mit dem Appell an die Kollegen, dahin zu wirken, sich immer fester um das Banner der Organisation zu scharen, ihren Pflichten gegenüber der Organisation pünktlich nachzukommen und wieder wie früher jeden einzelnen zur gewissenhaftlichen Disziplin zu erziehen, die unbedingt zu dem Bestehen einer Organisation erforderlich ist.

Rundschau.

Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung. Der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann hat im Auftrag der Verwaltungsausschusskommission ein Gutachten zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung vorgelegt, das vor kurzem auch in Buchform erschienen ist. Seine Vorschläge verdienen große Beachtung. Sie enthalten vieles, was von der Arbeitnehmererschaft gebilligt werden kann, andererseits werden seine Anregungen in vielen Punkten energig bekämpft werden müssen, besonders dort, wo es aus Sparamkeitstrübsichten wesentliche Herabminderung der Leistungen der Sozialversicherung vorschlägt. Es muß an dem Grundgedanken festgehalten werden, daß je schlechter die allgemeine Wirtschaftslage und damit die Lebenshaltung der Arbeitnehmer ist, um so mehr Ausgleich zur Aufrechterhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft durch erhöhte Leistungen der Sozialversicherung geschaffen werden muß.

Dr. Kaufmann faßt seinen „Gesamtumbau“ der Sozialversicherung ins Auge. Die Idee der Schaffung eines Reichssozialamtes sowie von Landes- und Sozialämtern für die gesamte Sozialversicherung und außerdem noch für die Kriegsversehrten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, wie dies von manchen Seiten angeregt wurde, macht er sich nichts zu eigen. Auch möchte er die verschiedenen Versicherungszweige nicht verschmelzen. Dieser Auffassung können wir beipflichten und ebenso dem Grundgedanken, daß auf das vorzuziehende Hilfsverfahren und die Unfallverhütung das größte Gewicht zu legen ist.

Bei der Krankenversicherung möchte Dr. Kaufmann das Krankengeld auf 18 Wochen herabsetzen, das Wochengeld aber von 10 auf 8 Wochen (dafür soll Stülgeld an sämtliche Wöchnerinnen gewährt werden). Bei einem Einkommen von monatlich über 200 Mark soll die Krankenversicherung nicht erlaubt werden, eine Maßnahme, die für die Angestellten äußerst hart wäre. — Bei der Unfallversicherung will Dr. Kaufmann bei einer 20prozentigen Erwerbsbeschränkung überhaupt keine Rente gewähren, bei Erwerbsbeschränkung bis 50 Prozent nur eine ganz geringe Rente, da die Beschädigten nach seiner Meinung in der Regel den Tariflohn erhalten. Was erspart wurde, soll den Schwerbeschädigten zugutekommen. Die Unfallberufsgenossenschaften sollen bereits vor Ablauf der Wartzeit — 13 Wochen — die Frühbehandlung übernehmen. Bei der Invalidenversicherung schlägt er eine Anzahl Herabsetzungen der Leistungen vor, damit die gegenwärtige Rentenlast von jährlich ungefähr 250 Millionen Mark verringert werde. Dem noch nicht invaliden 65jährigen Mann soll nur die halbe Jahresrente als Altersrente gezahlt werden. Der Bezug der Kinderzuschüsse und der Waisenrente ist wieder wie früher nur bis zum 15. Lebensjahr zu gewähren. Eine Invalidenhauseinrichtung, die heute den Lungentranken usw. im Erholungsheim gewährt wird und im übrigen kaum eine Million Mark im Jahr beansprucht, soll eingestellt werden. Die Schaffung eines Reservefonds ist anzustreben, um über die Zeit der Wirtschaftskrise, wo infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Beiträge sinken, hinwegzukommen.

Die Angestelltenversicherung soll zwar bestehen bleiben, sie soll aber die Invalidenversicherung stärker angelehnt werden durch gemeinsame Ueberwachung der Beitragsleistung und der Rentenempfang und durch Unterstellung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte unter die Aufsicht des Reichsversicherungsamtes.

Auf dem Gebiet der Organisation verlangt Dr. Kaufmann, wie erwähnt, keine Vereinigung der Versicherungsträger, sondern den weiteren Ausbau ihrer organisatorischen Annäherung. Die gegenwärtig bestehenden Interessen- und Arbeitsgemeinschaften zwischen den Versicherungsträgern sollen eine öffentliche Gestalt gewinnen und zur Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der Behandlung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten sowie zur Ueberwachung der einheitlichen Beitragsentrichtung benützt werden. Um neue örtliche Hilfsstellen zu erhalten, sollen die jetzigen Versicherungsämter unter Erweiterung der Bezirke umgebaut werden.

Das Versicherungsamt soll demnach sowohl Aufsichtsratsbehörde wie Bindeglied zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern werden.

Stimmungsmache für den Abbau des Mieterhanges. Seit länger Zeit wird eine Propaganda für den Abbau des Mieterhanges vornehmlich durch die Hausbesitzer entfaltet. Bisher lautete das Argument: „Der Mieterhang, beziehungsweise die Zwangsbewirtschaftung, ist die Ursache der Wohnungsnot. Solange die Mieten nicht frei festgelegt werden können, wird das Privatkapital nicht bauen lassen, selbst dann nicht, wenn die Mieten für die neuen Wohnungen keiner Beschränkung unterliegen, da das allgemeine Einkommensniveau — Gehälter und Löhne — das auf Grund der gegenwärtigen Mieten entstanden ist, die Bezahlung höherer Mieten in den neugebauten Wohnungen nicht zuläßt.“ Mit diesem Argument hatten sie bisher keinen Erfolg. Die in Deutschland vor dem Krieg gegählten Friedensmieten werden auf fünf Milliarden Goldmark geschätzt. Die gegenwärtige Belastung beträgt ungefähr zwei Drittel der Friedensmieten, somit 3,3 Milliarden Goldmark. Würden nun die Mieten entsprechend den übrigen Warenpreisen erhöht, so würde dies eine Belastung der Wirtschaft um weitere drei Milliarden bedeuten, was allein schon mit Rücksicht auf die Ausfuhrmöglichkeit der deutschen Waren gegenwärtig nicht möglich ist. Im übrigen kommt der Privatbau von Wohnungen für Mietzwecke auch sonst kaum in Frage, da bei den heutigen Kapitalszinsen die Mieten unerträglich hoch sein würden und so können neue Wohnungen überwiegend nur aus Steuern von den Gemeinden gebaut werden. Jetzt führt man aber ein anderes Argument zur Aufhebung des Mieterhanges ins Feld und behauptet, es gäbe in Deutschland eigentlich keine Wohnungsnot. Für drei Städte, Kassel, Nürnberg, Augsburg, wurde in der letzten Zeit festgestellt, daß in diesen Städten auf eine Wohnung heute weniger Personen kommen als früher. Wenn trotzdem selbst in diesen Städten eine riesige Anzahl von Wohnungsuchenden auf der Liste steht, so ist dafür — so behauptet man — die Zwangswirtschaft verantwortlich, dank welcher infolge der billigen Mieten die Eigentümer großer Wohnungen sich nicht einschränken wollen, beziehungsweise Personen Wohnungen suchen, die dies bei normalen Mieten nicht tun, sondern sich mit ihrer alten Wohnung zufrieden geben würden. Diese Behauptungen sind aber nicht stichhaltig. Die Angaben in bezug auf einige Städte, in denen zufällig viel gebaut wurde, dürfen nicht verallgemeinert werden. Im Durchschnitt der Jahre 1914/23 ist mit einem Neuzugang von höchstens 30 bis 40 Prozent Wohnungen gegenüber der Vorkriegszeit zu rechnen. Die Eigentümer großer Wohnungen mühten durch Verfügen der Wohnungssämter einen Teil ihrer Räume bereits abgeben. Endlich muß man bei der Feststellung des Wohnungsmangels die Zahl der neugegründeten Haushaltungen berücksichtigen. Das Vorhandensein einer Wohnungsnot kann demnach nicht bezweifelt werden. Die Aufhebung des Mieterhanges würde bei dem geringen Wohnungsangebot die Mieten sofort in die Höhe treiben.

Amerikanisches Kapital in Deutschland. Amerikanische Kapitalisten haben in der letzten Zeit große Kapitalien in Europa angelegt. Bis Ende des Jahres betragen die an europäische Länder geliehenen Kapitalien mindestens 200 Millionen, möglicherweise aber noch mehr. 100 Millionen Dollars wurden bekanntlich auf Reparationsanleihe geseht. Die übrigen Anleihen wurden Privatunternehmungen und Städten gewährt. Auch die Reichsbahn hat vor kurzem eine Anleihe von 15 Millionen Dollars, die als Betriebskapital verwertet wird, vom amerikanischen Kapital erhalten. Die Deutsche Bank hat Aktien an eine englisch-amerikanische Finanzgruppe für 40 Millionen Goldmark abgegeben. Die Stadt Berlin erhielt 3 Millionen, die Stadt Köln 2 Millionen Dollars. Unter den Anleihen für die Privatwirtschaft sind die Anleihen an die Zuckerindustrie (6½ Millionen Dollars) und an das Kalisyndikat (6 Millionen Dollars), und drei Anleihen an das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat, zusammen 8½ Millionen Dollars zu erwähnen. Die Metallbank, der Norddeutsche Lloyd und die Deutsche Erdöl-W.G. haben größere englische Kredite, beziehungsweise Beteiligungen, die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen einen Kredit von belgischen, schweizerischen und spanischen Finanzgruppen erworben. Die vom ausländischen Kapital gewährten Anleihen sind fast alle kurzfristig und sollen erst später in langfristige umgewandelt werden. Der Zinsfuß der Anleihen schwankt zwischen 7 bis 9 Prozent.

Ein Agrarprogramm für die Sozialdemokratie. Im Dezemberheft der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ stellt Hans Krüger in seinem Aufsatz „Sozialdemokratie und ländliche Bodenfrage“ ein Agrarprogramm auf, dessen Grundzüge sind: 1. Beschleunigte Herstellung einer Statistik über die Grundeigentumsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung des Großgrundbesitzes. 2. Neubewertung der Grundstücke, um Unterlagen für die einzuführende Grundwertsteuer zu schaffen. Die jetzt vorhandenen Werterschätzungen sind unbrauchbar. 3. Kampf gegen die Latifundien; Enteignung des Großgrundbesitzes über 750 Hektar. Das enteignete Land soll in Dauerpacht gegeben werden. 4. Schutz und Ausbau des kleinen Eigentums: a) Pacht- und Kündigungsordnung, b) Pachtpreiserhöhung. Die Pachtschuldordnung läuft Ende September 1925 ab und soll zu einer dauernden Einrichtung umgestaltet werden; c) verheiratete deutsche Landarbeiter sollen auf vier bis sechs Morgen Land Anspruch haben, wenn sie eine bestimmte Zeit in der Landwirtschaft gearbeitet haben; d) Anlage von neuen kleinen und mittleren Bauernstellen auf Moor- und Deeland und auf schlechtbewirtschafteten Latifundien. 5. Auf dem Gebiet der Zoll-, Kredit- und Steuerpolitik: keine Getreidezölle, Erlass der gegenwärtigen Steuern durch eine einzige Grundsteuer, hinfällige Kredite. 6) Gegenüber Landwirten, die ihren Grund und Boden mangelhaft bewirtschaften, soll die Befugnis der öffentlichen Stellen zur Enteignung der Bewirtschaftung oder zur Enteignung bestehen.

Die Teuerung in der Schweiz. Im Laufe des Jahres 1924 hat die Wirtschaft in der Schweiz eine Belebung erfahren. Die Arbeitslosigkeit hat sich in der Schweiz gegenüber den Vorjahren sehr beträchtlich vermindert. Auch hat sich der Wert ihrer Valuta sehr wesentlich gehoben und erreichte die Vorkriegsparität. Die Steigerung der Valuta hat zwar die Ausfuhr der Schweiz erschwert, dagegen mußte sie für das eingeführte Getreide und die Rohstoffe weniger zahlen. Als Gegengewicht zur verbesserten Wirtschaftslage steht aber die Teuerung, welche die Lebenshaltungskosten weit über den Weltmarktsstand gehoben hat. Bereits im Sommer wurde eine Anfrage im Nationalrat eingebracht, was angesichts des Umstandes, daß die Lebenshaltungskosten in der Schweiz 4 Prozent höher sind als in England, 6 Prozent höher als in den Vereinigten Staaten, 8 Prozent höher als in Frankreich, 14 Prozent höher als in Italien, 15 Prozent höher als in Deutschland, der Bundesrat zu tun gedenke. Während des Sommers haben sich die Weltmarktpreise auf der ganzen Linie erhöht und sich den schweizerischen Preisen angenähert. Seit dem Herbst erfolgte eine weitere Verteuerung der Inlandspreise für die Verbrauchsgüter und somit steht die Frage nach der Bekämpfung der Teuerung wieder auf der Tagesordnung. Steht doch der Index für die Konsumgüter, welche in den unmittelbaren Verbrauch hineingehen, um 81 ½ Prozent höher als vor dem Krieg. Der Index für die Produktionsmittel steht etwas niedriger, was im übrigen ein Zeichen für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise bedeutet. Auch steht der Wohnungsindex sehr hoch, er betrug im November 178. Somit kostet in der Schweiz die Wohnung 78 Prozent mehr als vor dem Krieg.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und England wurde auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen. Die Einschränkungen, welche seit dem Krieg für Angehörige des Deutschen Reiches in bezug auf ihre Bewegungsfreiheit und Geschäftsführung in England bestanden, wurden aufgehoben. Ueber die 26prozentige Reparationsabgabe, die bei der Ausfuhr deutscher Waren immer noch erhoben wird, konnte einstweilen noch keine Einigung erzielt werden. Diese wurde späteren Verhandlungen vorbehalten. Um die Wichtigkeit des deutsch-englischen Warenaustausches zu erkennen, muß man sich vor Augen halten, daß Deutschland vor dem Krieg nach Indien der größte Kunde Englands war. Deutschland nahm 77,6 Prozent seiner Ausfuhr auf; 1913 den Rücktransport hinzugerechnet

im Betrag von über 60 Millionen Pfund. England hat aber vor dem Kriege von Deutschland noch mehr gekauft: Im Jahre 1913 um 80 Millionen Pfund. Seit dem Krieg ist der Verkehr zwischen Deutschland und England trotz der großen Kohlenlieferungen Englands während des passiven Widerstandes sehr zurückgegangen. Deutschland bezog von England unter Berücksichtigung der seit dem Krieg erfolgten Entwertung des Geldes im Jahre 1922 ein Drittel, in den letzten zwei Jahren ungefähr die Hälfte der Vorkriegswerte; es ist damit im Jahre 1924 unter den Kunden Englands an die fünfte Stelle gerückt und folgt jetzt mit nur 4,5 Prozent der englischen Gesamtausfuhr nach Indien, Australien, den Vereinigten Staaten und Frankreich. Noch weniger hat aber England seit dem Waffenstillstand von Deutschland gekauft: 1922 ungefähr ein Viertel, 1923 und 1924 ein Drittel der Vorkriegswerte. Es ist zu hoffen, daß der jüngst abgeschlossene Handelsvertrag zur Hebung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs beitragen wird.

Räumung der Kölner Zone.

In der Außenpolitik wird ja augenblicklich ein leidenschaftlicher Kampf um die Räumung der Kölner Zone geführt, die der Versailler Vertrag für den 10. Januar 1925 vorsieht. Die Franzosen wollen die versprochene Beschleunigung der Ruhräumung nicht eintreten lassen, während die Engländer sich weigern, Köln zu räumen, bevor die Franzosen das Ruhrrevier verlassen haben. Beide versuchen ihren Standpunkt durch Berufung auf Verfehlungen Deutschlands gegen die Entwaffnungsbestimmungen zu rechtfertigen. Sedaoh sind, trotz der bekannten Dummheiten deutscher Nationalisten, die vorgebrachten Verfehlungen Deutschlands so wenig stichhaltig, daß es notwendig wird, zu untersuchen, welche Rolle der europäische Wirtschaftsimperialismus, das Streben der kapitalistischen Klasse nach Beherrschung der Absatzmärkte in diesem Kampfe spielt.

Bekanntlich laufen die Bestrebungen Frankreichs dahin, durch irgendwelche Abmachungen mit Deutschland den Absatz der französischen Industrie an Eisen, Textilien usw. in Deutschland zu sichern. Durch solche Abmachungen zugunsten Frankreichs werden wichtige britische Handelsinteressen berührt. Deshalb wandte England, besonders die englischen Baumwollverarbeiter, sich von jeher gegen eine handelspolitische Sonderstellung Frankreichs in Deutschland, die sich möglicherweise zu einem regelrechten Industriebündnis auswachsen könnte. Aus diesen Ursachen entspringt der politische Gegenatz zwischen England und Frankreich, der sich jetzt wieder in dem Streit um die Räumung der Kölner Zone äußert.

Als Poincaré am 11. Januar 1923 in das Ruhrrevier einrückte, ließ er sich lediglich von den Wünschen der französischen Schwerindustrie leiten. Der Dawesplan, der den Ruhrkampf vorläufig beendete, ließ die industriellen französischen Wünsche unberücksichtigt. Frankreich suchte sie dann in Verhandlungen mit Deutschland und der deutschen Schwerindustrie durchzusetzen. In diesen Verhandlungen stellt sich das ganze Problem in der Frage einer Verlängerung der sogenannten Elaf-Lothringischen Kontingente dar, d. h. die Franzosen forderten die zollfreie Einfuhr elaf-lothringischer Waren, besonders von Eisen und Textilien, auch nach dem 10. Januar 1925. Bis dahin ist diese nach dem Versailler Vertrag gestattet. Die deutsche Regierung lehnte ab, hat sich aber mit Frankreich augenscheinlich in den Dezemberverhandlungen in Paris mit Frankreich vorläufig dahin geeinigt, daß sie einer Verlängerung der Kontingente zustimmt, wenn, und hier liegt der springende Punkt, alle Länder, die überhaupt mit Deutschland einen Handelsvertrag schließen, diese Verlängerung billigen. Angesichts der machtpolitischen Verhältnisse heißt das: Frankreich muß die Zustimmung Englands einholen. Amerika kommt für die Erledigung des Falles nicht allzu sehr in Frage, weshalb die Hoffnung auf ein Eingreifen Amerikas nicht allzu hoch eingeschätzt werden darf.

Die Politik Frankreichs geht augenscheinlich dahin, England zu zeigen, daß es nicht eher aus dem Ruhrgebiet geht, bis es die Kontingent- und Marktfragen geregelt hat. In der Praxis bedeutet diese Politik für Frankreich, auf dem Umweg über den englischen Staat das zu erreichen, was die englische Schwerindustrie Frankreich durch Ablehnung des internationalen Eigentums versagt hat. Die englische Antwort besteht vorläufig in der Betonung, keine Eile mit der Räumung der Kölner Zone zu haben.

So haben sich beide Staaten im Widerstreit kapitalistischer Interessen regelrechte Faustkämpfer geschaffen. Damit ist eine Lage entstanden, die sich bedenklich zuzuspitzen droht. Die größte Wachsamkeit der internationalen Arbeiterchaft ist notwendig, um Verwickelungen zu vermeiden, die einem neuen Ruhrkrieg aufs Haar gleichen.

Nationaleinkommen und Steuerlast Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Das Nationaleinkommen Englands, das heißt das jährliche Einkommen der ganzen Bevölkerung, ohne die Zinsen der inländischen Staatsschulden und die Kriegspensionen (die eigentlich keinen Teil des Nationaleinkommens bilden, da sie einfach nur von der einen Schicht der Bevölkerung auf die andere übertragen werden), wurde von der Zeitschrift „Economist“ für das Jahr 1923 auf 3470 Millionen Pfund geschätzt. Für das Jahr 1913 wurde ein Nationaleinkommen von 2200 Millionen Pfund festgestellt. Angesichts der Erhöhung der Warenpreise um ungefähr 65 Proz. ist demnach in England ein wenn auch geringes Sinken des Nationaleinkommens im Vergleich zur Vorkriegszeit zu verzeichnen. Von dem englischen Nationaleinkommen wurden im Jahre 1923 18,8 Proz. weggesteuert (nur staatliche Steuern), zweieinhalbmal so viel wie vor dem Kriege, wo nur 7 Proz. des Nationaleinkommens in die Steuerkasse flossen. Gegenüber 1922 war jedoch die Besteuerungslast milder; sie betrug 1922 22,2 Proz. des Nationaleinkommens, das in diesem Jahre wesentlich geringer war als 1923. — Das Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten wurde für das Jahr 1923 auf 65½ Milliarden Dollars geschätzt. Davon wurde in diesem Jahre 11,6 Proz. vom Staat weggesteuert. Bei diesem Prozentsatz werden aber auch die lokalen Steuern eingerechnet. Vor dem Kriege betrug dort die gesamte Steuerlast nur 6,4 Proz. des Nationaleinkommens. Immerhin fiel in Amerika die Steuerlast in den letzten zwei Jahren sehr beträchtlich. — Das nationale Einkommen Frankreichs wird für das Jahr 1923 auf 140 Milliarden Franken berechnet, der letztjährige Steuerertrag betrug 22,6 Milliarden, woraus sich für Frankreich eine Steuerlast von 16 Proz. des Nationaleinkommens für das Jahr 1923 ergibt. In allen diesen Ländern ist demzufolge eine große Steuerbelastung zu verzeichnen, die sich jedoch auf die Schultern der Bevölkerung ganz verschieden verteilt. In England entfällt der Hauptteil auf direkte Steuern, in Frankreich auf Verbrauchssteuern. In den Vereinigten Staaten gab es vor dem Kriege ausschließlich nur Verbrauchssteuern und Zölle für die Besteuerung der Bundesaussgaben; seit dem Kriege wurden aber auch dort Einkommensteuern in beträchtlicher Höhe eingeführt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der neue Reichsarbeitsvertrag für die Pflasterstein- und Schotterwerke befindet sich im Druck. Damit nun die Auflage festgestellt werden kann, mögen die Zahlstellen sofort die von ihnen benötigten Exemplare bestellen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bernburg. Fachgruppe der Steinarbeiter. Am Sonntag, dem 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, Versammlung in Pölkau. Anwesend wird ein Vertreter des Verbandsvorstandes sein. Pflicht der Kollegen ist es nun, vollständig und pünktlich zu

erscheinen und möglichst ihre Frauen mitzubringen. Die Kollegen von Miesleben möchten sich ebenfalls beteiligen und werden hiermit freundlich eingeladen. Der Vorstand.

Seppenheim a. Bergstr. Die Kollegen werden dringend ersucht, ihre Beiträge regelmäßiger abzuführen. Auch muß auf den Wertplätzen mehr Kontrolle darüber ausgeübt werden. Beim Kassieren liegen eine Anzahl Mitgliedsbücher, die Zeugnis ablegen von der Beitragsdrückbereizet, deren Inhaber sogar in unserem Bezirk arbeiten. Nachdem jetzt jedes Mitglied seine Verbandszeitung wieder erhält, werden wir von Zeit zu Zeit die betreffenden Namen darin veröffentlichen. Wer das nicht will, regelt bis zum 11. Januar seine Sache. Fr. Moosmüller, Kassierer.

Kassel. Für Unterstützungszuspruch der streikenden Kollegen in Gudensberg wurden bis 3. 1. 1925 folgende Gelder eingesandt: Von Eiterhagen 34.50 Mk., Welleroda 85 Mk., Oberaula 57.50 Mk., Rhinda 72 Mk., Adelesben 313.10 Mk., Fürstenwald 65 Mk. Summa 627.10 Mk. Den Gebern herzlich Dank. Der Streik dauert an. R. Reiss, Bezirksleiter, Spohrstraße 6.

Karlsruhe. An Unterstützung für den durch lange Krankheit in große Not geratenen Kollegen Alois Dalpiaz, jen. in der Zahlstelle Raumaunzha (Wurgtal) gingen von folgenden Zahlstellen Beträge ein: Kappelrodt 20 Mk., Lütchenbach 25 Mk., Seebach 23.40 Mk., Tiefenstein 13.80 Mk., Hornberg 10 Mk., zusammen 92.20 Mk. Im Namen des Kollegen Dalpiaz den Hilfsbereiten Zahlstellen herzlichsten Dank. Die Gauleitung Frz. Sarfert.

Adressenänderungen.

- 4 Gau. Wolfenbüttel. Kass.: August Göhe, Kreuzstraße 9.
- 5 Gau. Witten a. Ruhr. Vorj. u. Kass.: Karl Linke, Pferdebachstr. 62.

Briefkasten.

Alpenrod. M. Es werden noch Erkundigungen eingezogen, dann über den Ausgang berichtet.
Gebudener Jahrgang des „Steinarbeiter“ 1924. Wer von den Kollegen oder Filialen eines solchen erwerben will unter Erstattung des Selbstkostenpreises und der Postkosten, möge innerhalb acht Tagen bei der Redaktion die Bestellung einbringen. Vom Jahrgang 1923 und 1922 können noch einzelne gebundene abgegeben werden.
Ein Neugieriger. Es ist nicht üblich, Namen und Adresse in solchen Fällen anzugeben. Die Redaktion hat auch „Geheimnisse“. Hauptsache ist, daß es anspricht, das andre ist Nebensache.
S. R. Auf deine Anfrage paßt folgendes: Der berühmte Witzkopf Chamfort pflegte zu sagen: „Ich habe drei Klassen von Freunden: Freunde, die mich lieben — Freunde, die sich nicht um mich kümmern — und Freunde, die mich verabscheuen.“

Neue Bücher, Zeitschriften.

Kalk-Taschenbuch 1925, 3. Jahrgang. Preis einschl. Porto 0.75 Reichsmark. Verlag des Vereins Deutscher Kalkwerke, Berlin W. 72, Kielgasse 2.
 Zum dritten Male erscheint das Kalk-Taschenbuch, das mit seinem immer neuen Inhalt in der Landwirtschaft wie im Bauwesen gleich gern gesehen wird. Neben dem Kalender haben auch diesmal wieder auf etwa 60 Seiten Text Anregungen und Ratsschläge Aufnahme gefunden. Ein Aufsatz über den Rohkalkstein zeigt dessen vielfache Verwendung. Einige Seiten berichten über die Kohlenfäure, jenes bedeutungsvolle Nebenprodukt des Kalkbrennens. Der Landwirt wird sein Augenmerk hauptsächlich auf die Aufgabe über die Lagerung von Kalk, über die verschiedenen Formen des Düngekalkes, über Bodenkenntnis und -haltung und die übrigen feinen landwirtschaftlichen Abhandlungen richten, während der Baumeister in einer ausführlichen Tafel, die 10 Seiten einnimmt, Mörtelmischungen aller Art zusammengestellt findet. Anschließend haben die Normen für die Prüfung von Taß Aufnahme gefunden. Möge der dritte Jahrgang des Taschenbuches dieselbe freundliche Aufnahme finden wie die vorigen!

Anzeigen

Offizieren preiswert und sofort lieferbar
Cordanterhosen
 braunblauweiß
 — Prima Qualität und Verarbeitung —
 Größe 71—72 Mk. 4.00
 Größe 73—74 Mk. 4.50
 Musterhosen per Nachnahme.
 Verbände usw. Ziel.
Göhl & Heldrich
 Mechanische Weberei und Konfektion
 Niederoderwitz in Sachsen.

Tüchtiger Hand- und Maschinen-Schleifer
 für Granit und Marmor sofort gesucht.
 Stundenlohn tariflich 84 Pfg.
Ludwig Bruhn, Lübecker
 Granit- und Marmorwerk, Lübeck.
Steinarbeiter - Hemden
Hosen und Socken
 sowie alle gestrickte Unterkleidung
 für Erwachsene und Kinder
 fertig zu billigsten Preisen
F. Baßler vorm. Otto Diesel
 Gelonau im Erzgebirge.

Der **Steinmetz Hans Dressel** aus Steinwiesen
 möge seine Adresse umgehend der Schriftleitung des „Steinarbeiter“ übermitteln.

Gestorben.
 Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.
 In **Röbel** (Altmark) am 15. Dezember der Steinseher **Joachim Röbel**, 61 Jahre alt, Magenkrebs.
 In **Adelesben** am 19. Dezember der Hilfsarbeiter **Joseph Hier**, Betriebsunfall.
 In **Friedenhausen** am 19. Dezember der Brecher **Cristoph Meher**, 55 Jahre alt, Lungenleiden.
 In **Rheinheim** am 22. Dezember der Sälseifer **Friedr. Bub**, 45 Jahre alt, Schlaganfall.
 In **Fürstenwald** am 23. Dezember der Hilfsarbeiter **Wilhelm Zuhann**, 25 Jahre alt, Wasserhuth.
 In **Grothausendorf** am 25. Dezember der Hilfsarbeiter **Gustav Pohlner**, 68 Jahre alt, Lungenentzündung.
 In **Striegan** am 26. Dezember der Granitsteinmeß **Alfred Rarger**, 39 Jahre alt, Magenleiden.
 In **Rinderbüchen** am 28. Dezember der Hilfsarbeiter **Heinrich Schäfer V.**, 60 Jahre alt, Lungenentzündung.
 In **Tröfau** am 30. Dezember der Granitsteinmeß **Heinrich Bauer**, 57 Jahre alt, Lungenleiden.
 E. h. r. e. m. A. n. d. e. n. t. e. n. !

Verantwortliche Schriftleitung, Hermann Siebold Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig
 Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.